



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Geschäftsklima am Kipppunkt: Wohnungsbau am Boden

Berlin, 14.03.2024. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert angesichts der aufeinanderfolgenden Negativrekorde beim Geschäftsklima ein Umdenken beim Wohnungsbau. Das ifo Geschäftsklima im Wohnungsbau fiel im Februar auf -61,9 Punkte. „Der Wohnungsbau ist monatelang schleichend in die Knie gegangen – jetzt sinkt er vollends zu Boden. Auftragsmangel, Stornierungen und Insolvenzen sprechen eine deutliche Sprache. Jedes zweite Unternehmen beklagt die Lage. Wir sehen bedauerlicherweise noch nicht die Talsohle. Noch geht es weiter bergab“, betont BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Von verantwortlicher Seite wurden zwar mittlerweile die Probleme erkannt – aber damit sind die Probleme eben noch nicht gebannt. Die Tragweite dieser Krise mit allen gesellschaftlichen Konsequenzen droht viele zu belasten: Die Unternehmen, die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Eigentümer und eben auch die Mieterinnen und Mieter. Der Wohnungsbau wird ohne Förderungen nicht auf die Füße kommen können.

Es braucht einen neu kalibrierten Ansatz beim Wohnungsbau. Die Antworten von vor der Krise führen uns nur tiefer in den Niedergang. Es muss uns gelingen, Wege zu eröffnen für kostengünstigere Neubauten. Nach dem heute geltenden Baurecht muss beim Wohnungsbau eine Menge an technischen Regelungen und Standards beachtet werden, ohne Rücksicht darauf, ob und in welchem Umfang diese wirklich notwendig sind. Oft könnte ohne jede Einschränkung bei der späteren Nutzung einfacher und damit auch erheblich billiger gebaut werden, wenn es denn möglich wäre, dies zwischen Bauauftraggebern und Wohnungskäufern auf der einen – und den Bauausführenden und Auftragnehmern auf der anderen Seite rechtssicher vertraglich festzulegen. Weniger kostspielige Anforderungen führen zu mehr bezahlbarem Wohnraum. Der Fokus muss zudem konsequent auf die Emissionseffizienz gelegt werden“, so der BFW-Präsident.

„Leider hat sich die Erkenntnis noch nicht bis Brüssel herumgesprochen: Wenn jetzt die EU-Gebäuderichtlinie mit ihrem unglaublich hohen Investitionsbedarf und ihrem höchst uneinheitlichen nationalen Bewertungen noch dazu kommt, wird es keine Erholung geben. Wir erlauben es uns weiter mit Konzepten von gestern auf die Herausforderungen im Jetzt zu reagieren“, sagte Salewski.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.